



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Herbert Woerlein SPD**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Artenschutz und Biodiversität
(Kap. 12 04 TG 71 – 72)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 12 04 TG 71 – 72 (Naturschutz und Landschaftspflege) werden die Mittel für „das Biosphärenreservat Rhön wegen Flächenerweiterung sowie für das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030“ im Jahr 2015 zusätzlich um 250,0 Tsd. Euro und damit insgesamt um 700,0 Tsd. Euro und im Jahr 2016 zusätzlich um 250,0 Tsd. Euro und damit insgesamt um 1.250,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die Daten über das Ausmaß des Artensterbens in Bayern sind unzureichend. Laut der Staatsregierung wurde im Jahr 2013 mit der Überarbeitung der Roten Listen begonnen. Die Bearbeitung der einzelnen dabei berücksichtigten Artengruppen geht jedoch langsam voran, abhängig u.a. von der Datenlage und den beteiligten Experten. Eine Festlegung auf einen Termin, zu dem die neuen Roten Listen fertig gedruckt vorliegen werden, ist laut der Staatsregierung daher nicht möglich, weil auch viele Ehrenamtliche mit ihrem Sachverstand und Spezialwissen beitragen, deren zeitliches Engagement nicht kalkulierbar ist. Eine Bilanz der aktuellen Gefährdungseinstufungen kann erst vorgenommen werden, wenn die Roten Listen vorliegen. Bayern benötigt jedoch dringend ein Update, welche Tiere und Pflanzen vom Aussterben bedroht oder gefährdet sind.

Die letzte Erhebung stammt von 2003. Auch die Biotopkartierung in Bayern kommt bisher zu kurz. Artenschutz ist kein Selbstzweck, sondern er ist von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. So habe etwa die durch Insekten erbrachte Bestäubung einen Geldwert von 2,5 Mrd. Euro pro Jahr in Deutschland. Aus diesem Grund werden die Mittel für „das Biosphärenreservat Rhön wegen Flächenerweiterung sowie für das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030“ im Jahr 2015 nochmals um 250,0 Tsd. Euro und damit um 700,0 Tsd. Euro und im Jahr 2016 nochmals um 250,0 Tsd. Euro und damit um 1.250,0 Tsd. Euro erhöht.